



Jugend & Politik
im Dialog



Zusammenleben mitgestalten: Empfehlungen der Dialogkonferenz Innsbruck 2016

Europa mitgestalten

Ein geeintes Europa geprägt von Akzeptanz, gemeinsamem Dialog, Zusammenhalt, Offenheit, und Weitblick stellt die Basis für gelingendes Zusammenleben in Vielfalt in Europa dar. Junge Menschen sollen dabei unterstützt werden, eine Kultur des Zusammenlebens mitzugestalten, um sich mit Europa identifizieren zu können. So können Vorurteile abgebaut werden und eine gemeinsame Wertebasis entstehen.

Empfehlungen für Verwaltung und Politik

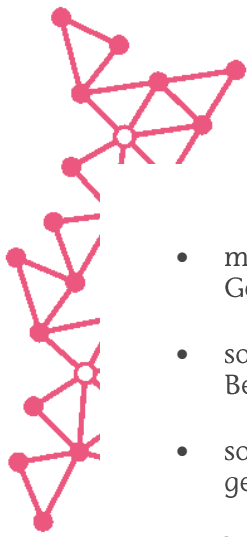
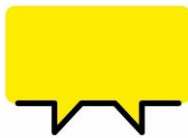
Die folgenden Empfehlungen wurden auf Basis der Inhalte der Dialogkonferenz in Innsbruck Anfang September 2016 formuliert.¹ Sie richten sich an alle politischen EntscheidungsträgerInnen, die in ihren Wirkungsbereichen das Thema Zusammenleben insbesondere für junge Menschen strukturell verbessern können, also Verwaltung und Politik von der lokalen bis zur europäischen Ebene.

I. Europa spürbar machen

Um Europa für junge Menschen spürbar zu machen, ...

- benötigen alle Jugendlichen gleichermaßen Partizipationsmöglichkeiten, um sich in die Prozesse auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene einbringen zu können. Der Strukturierte Dialog kann hier als Vorbild dienen.
- braucht es geschützte Räume, in denen sich Jugendliche engagieren, erproben und selbst verwirklichen können.
- müssen qualitativ hochwertige Informationen zu Europa leicht zugänglich und zielgruppengerecht gestaltet sein.
- braucht es eine neue Vision, wie Zusammenleben im Europa der Zukunft passiert, und verbindende Vorbilder und Identifikationen.
- müssen die Erfolge der bisherigen Europäischen Integration besser sichtbar gemacht werden.
- braucht es motivierte TrainerInnen mit qualitativvoller Ausbildung, die den Jugendlichen unterstützend und beratend bei der Entwicklung von Ideen, Vorhaben und Projekten zur Seite stehen.

¹ Im Vorfeld der Dialogkonferenz fand ein mehrmonatiger Diskussions- und Beteiligungsprozess im Rahmen des Strukturierten Dialogs statt. Dadurch wurden in Österreich – genauso wie in allen anderen EU-Ländern – Meinungen, Vorschläge und Forderungen junger Menschen zum Thema Zusammenleben in Europa gesammelt. Das Ergebnis dieses Prozesses ist in einem Bericht hier abrufbar:
<http://www.jugend-politik-dialog.at/zusammenleben/ergebnisse/>



- müssen junge Menschen von der Politik als gleichberechtigte PartnerInnen im Gesetzwerdungsprozess wahrgenommen und ihre Anliegen berücksichtigt werden.
- soll die Finanzierung eines Austauschs erfolgreicher und etablierter Best-Practice-Beispiele sowie innovativer Projektideen und Methoden gewährleistet werden.
- soll die Expertise im Zusammenspiel von Jugend und Politik im Kontext Europa gebündelt werden und diese transparent allen Interessierten zur Verfügung stehen.
- braucht es Medien, die fernab ökonomischer Eigeninteressen zuverlässige, informative, aber auch unterhaltende Inhalte europäischen Ursprungs oder mit dem (impliziten) Thema Europa anbieten und damit die europäische Integration fördern.
- gilt es, bei Jugendorganisationen, offener Kinder- und Jugendarbeit, Erasmus+, Europe Direct, den Ständigen Vertretungen der Europäischen Institutionen in Österreich, Schulen, den zuständigen Ministerien für die Themen Jugend, Europa, Integration, Äußeres sowie Bildung anzuknüpfen.

II. Mitsprache ermöglichen

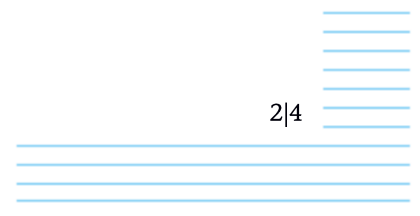
Um die Mitsprache Jugendlicher an den Rahmenbedingungen des Zusammenlebens zu erreichen,

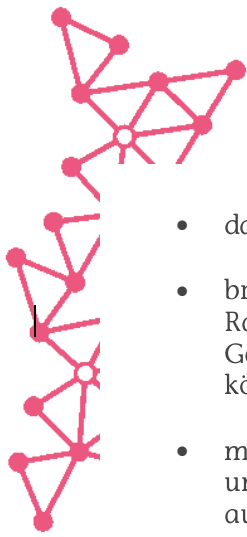
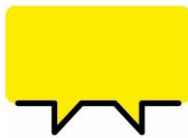
- sollen Möglichkeiten zur Beteiligung im Zuge der offenen, verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit ausgebaut werden und dafür genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
- sollen offene Formate wie Projekte, Konferenzen und Konsultationen unterstützt werden, um allen Jugendlichen die Option auf Mitbestimmung zu geben.
- müssen die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen sichtbar gemacht werden und Best-Practice-Beispiele ausgetauscht und geteilt werden.
- darf es keine Scheinbeteiligung auf Kosten des Einsatzes und der Motivation junger Menschen geben.
- können Gremien eingerichtet werden, um Prozesse nachhaltig und langfristig zu sichern und gelungene Maßnahmen mit Vorbildcharakter sichtbar zu machen.

III. Chancengleichheit fördern

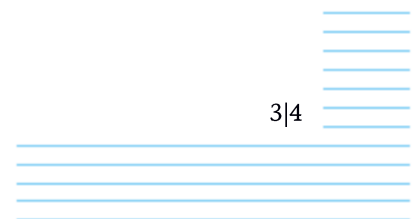
Um Chancengleichheit und das Zusammenleben zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu fördern,

- braucht es mehr Angebote zum Austausch von Geschichten, Meinungen und Erfahrungen.
- muss ein Raum zur Verfügung stehen, in dem der Kontakt zwischen unterschiedlichen Menschen für alle bereichernd und wertvoll wird.





- darf Ausgrenzung, Rassismus und Benachteiligung nicht toleriert werden.
- brauchen junge Menschen die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, um sich unabhängig von Herkunft, Religion, Aussehen, Geschlecht, sexueller Orientierung und Gesellschaftsschicht selbst verwirklichen zu können.
- muss das Bildungssystem als entscheidender Einflussfaktor auf Prägung, Entwicklung und das Selbstverständnis junger Menschen anerkannt und dementsprechend finanziell ausgestattet werden.
- braucht es Vermittlungsinstanzen von Wirklichkeit (Medien), für die Respekt und Achtung, die Förderung von Toleranz und die Darstellung von Vielfalt nicht nur Lippenbekenntnis, sondern nachvollziehbares Qualitätsziel sind.
- sollen alle jene Menschen, die den Lebensraum von Jugendlichen gestalten, aufgeschlossen sein für innovative und unkonventionelle Ideen, Lösungen und Projekte.
- bedarf es eines Umfelds, das junge Menschen dabei unterstützt, ihrer Bedürfnisse gerecht zu leben, zu arbeiten und zu wohnen.
- braucht es ein soziales Netz, das die Gründung von Familien unterstützt und bei Notlagen, Krankheit oder Arbeitslosigkeit unterstützend eingreift.
- müssen für alle Jugendlichen die gleichen Rechte und Pflichten gelten. Konkret heißt das, dass diskriminierende Regelungen wie Ausgangssperren für einzelne Gruppen, wie es sie beispielsweise für AsylwerberInnen in Einrichtungen gibt, aufgehoben werden müssen.
- müssen Beiträge zur Präventionsarbeit, wie es sie in Jugendorganisationen genauso wie in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt, anerkannt werden.
- sollte Jugendarbeit im Bereich der Integration stärker von anderen AkteurInnen anerkannt, einbezogen, finanziell und strukturell unterstützt werden.





Jugend & Politik
im Dialog



Impressum

Verfasser: Georg Feiner & Markus Seunig
Verantwortlich für den Inhalt:
Koordinierungsstelle Jugend & Politik im Dialog
Lichtensteinstraße 57/2
A - 1090 Wien

Kontakt:
T: + 43 1 214 44 99 - 14
M: + 43 676 880 11 - 11 44
E: georg.feiner@bjv.at
W: www.jugend-politik-dialog.at

Innsbruck/Wien, September 2016

Jugend & Politik im Dialog wird mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Die Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Österreich wird vom Bundesministerium für Familien und Jugend finanziell unterstützt.



Die folgenden Institutionen stehen hinter dem Strukturierten Dialog in Österreich:

